

VOLKSBLATT | SPLITTER

Flugzeugabsturz in Südafrika

JOHANNESBURG – Beim Absturz eines Kleinflugzeugs in Südafrika sind vier spanische Safari-Touristen und der aus Polen stammende Pilot ums Leben gekommen. Wie das spanische Aussenministerium am Montag in Madrid mitteilte, war die zweimotorige Maschine nach dem Start von Ellisras im Norden Südafrikas aus unbekannter Ursache auf die Erde gestürzt und völlig ausgebrannt. Das Flugzeug sollte die zwei Männer und zwei Frauen aus Spanien von einem Safari-Ausflug zurück nach Johannesburg bringen. Der Pilot galt als sehr erfahren.

Drastische Aktionen im SARS-Kampf

PEKING/SINGAPUR – Im Kampf gegen die Ausbreitung der gefährlichen Lungenkrankheit SARS haben asiatische Länder drastische Massnahmen ergriffen. Die Regierung Chinas gestand zudem ein, das Ausmass der Krankheit vertuscht zu haben. Gesundheitsminister Zhang Wenkang und der Pekinger Bürgermeister Meng Xuenong wurden deshalb am Sonntag entlassen. Neuer Gesundheitsminister wird voraussichtlich Vize-Gesundheitsminister Gao Qiang. Er hatte «grössere Schwächen» im Umgang mit SARS eingeräumt. Das Ministerium sei schlecht vorbereitet gewesen. Gao enthüllte in China, landesweit seien mehr als 1800 Menschen erkrankt. Die Zahl der Toten stieg nach unterschiedlichen Angaben auf 79 bis 94. Allein in Hongkong starben am Wochenende nach offiziellen Angaben 19 Menschen an SARS.



Tote bei Erdbeben in Kirgisien

BISCHKEK/MOSKAU – Bei einem Erdbeben in der zentralasiatischen Republik Kirgisien sind vermutlich 38 Menschen ums Leben gekommen. Nach Angaben der Rettungskräfte vom Montag bestand keine Hoffnung auf Überlebende. Unter den Opfern seien auch 17 Kinder, teilte die kirgisische Regierung in der Hauptstadt Bischkek mit. Nach tagelangen Regenfällen hatten am Sonntag Erdmassen das Bergdorf Kara-Taryk im Süden des Landes in der Nähe der Stadt Osch verschüttet. 11 von insgesamt 30 Häusern des Dorfes wurden erfasst. Rettungskräften gelang es bis zum Montagmorgen, fünf Leichen zu bergen.

Garner nahm Arbeit auf

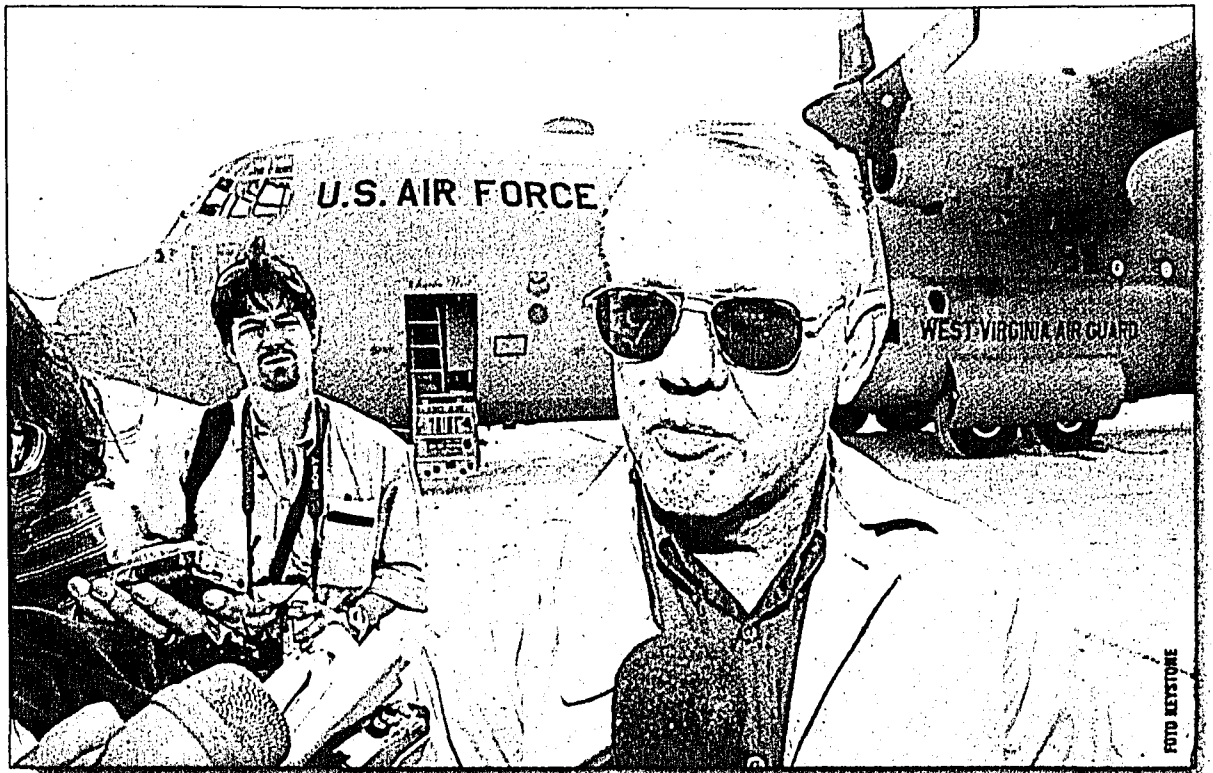
Übergangsverwalter in Bagdad – Irakische Führungsmitglieder festgenommen

BAGDAD – Viereinhalb Wochen nach Beginn der Invasion im Irak hat der von den USA mit dem Wiederaufbau des Landes beauftragte Generalleutnant a.D. James Garner seine Arbeit in Bagdad aufgenommen. Garner soll eine Übergangsverwaltung leiten, die später Befugnisse an die Iraker abgibt.

Unterdessen wurde die Festnahme von zwei weiteren Führungsmitgliedern der gestürzten irakischen Regierung gemeldet. Die US-Marine-Infanterie zog am Sonntag aus Bagdad ab, das US-Heer übernahm die Kontrolle über die Stadt.

Wichtigste Aufgabe sei es zunächst, die Grundversorgung vor allem mit Strom und Wasser so rasch wie möglich wiederherzustellen, sagte Garner, der am Montag aus Kuwait kommend in Bagdad eintraf. Einen Zeitrahmen dafür wollte er nicht nennen. Der 64-Jährige, der dem Befehlshaber der US-Truppen am Golf, General Tommy Franks, untersteht, wird von seinem britischen Stellvertreter Generalmajor Tim Cross begleitet. Ihr Team aus zunächst 19 Zivilverwaltern soll im Laufe der kommenden Woche auf rund 450 Mitarbeiter vergrössert werden.

Nach Angaben des australischen Aussenministers Alexander Dow-



Generalleutnant a.D. James Garner ist in Irak als Übergangsverwalter eingesetzt worden.

ner wollen die Alliierten den Golfkrieg in den kommenden Tagen offiziell für beendet erklären. Downer sagte am Sonntag, derzeit arbeiteten die USA, Grossbritannien und Australien an der endgültigen Formulierung der Erklärung.

Einer der Festgenommenen ist nach Militärangaben der frühere irakische Forschungs- und Bildungsminister Abd el Chalik abd el

Ghfar. Von ihm würden Hinweise auf das irakische Atomprogramm erhofft, erklärte ein US-Armee-sprecher. Ferner ergab sich nach Angaben der bisherigen Oppositionsgruppe Irakischer Nationalkongress (INC) ein Schwiegersohn des gestürzten Präsidenten Saddam Hussein. Wie am Sonntag ein INC-Sprecher in London mitteilte, handelt es sich um Dschamal Mustafa

Abdallah Sultan el Tikriti, der sich zuletzt in der syrischen Hauptstadt Damaskus aufgehalten habe. Der syrische Aussenminister Faruk el Scharaa lehnte eine Stellungnahme ab.

Der INC-Vorsitzende Ahmad Tschalabi sagte am Montag im Sender BBC, Saddam Hussein halte sich noch immer im Irak auf und bewege sich im Land.

Papst fordert Selbstbestimmung für Irak

Eindrückliche Osterbotschaft des Pontifex – Wenige Christen in Jerusalem

ROM – Papst Johannes Paul II. hat in einer eindrücklichen Osterbotschaft Frieden und Selbstbestimmung für die Menschen im Irak gefordert.

«Möge das irakische Volk mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die Hauptrolle beim kollektiven Wiederaufbau seines Landes übernehmen», sagte der 82 Jahre alte Pontifex vor 60 000 Gläubigen, die sich am Sonntag auf dem Petersplatz in Rom versammelt hatten.

Am Montag rief der nach der Osterwoche sichtlich erschöpfte Heilige Vater alle Gläubigen auf, sich vom gekreuzigten und wieder-auferstandenen Christus erobert zu lassen. Jesus öffne die Herzen für die wahre Freude, die das Leben neu, schön, und reich an Hoffnung

mache, sagte er am Balkon seiner Residenz über dem Petersplatz.

Mit den Worten «Friede im

Irak!» hatte Johannes Paul am Sonntag den politischen Teil seiner traditionellen Botschaft «Urbi et

Orbi» begonnen. Er rief zum unermüdeten Einsatz für den Frieden auf. «Lasst die Serie von Hass und Terror enden, die die Entwicklung der menschlichen Familie bedroht. Gebe Gott, dass uns die Gefahren eines tragischen Zusammenpralls verschiedener Kulturen und Religionen erspart bleiben», sagte der Papst, der seine Botschaft im Sitzen verlas.

Auf den Stufen des mit Blumen geschmückten Petersplatzes beklagte das Kirchenoberhaupt die vielen Kriege in der Welt, die kaum beachtet würden. «Mit tiefem Schmerz gedenke ich der Gewalt und des Blutvergiessens im Heiligen Land, die nicht nachzulassen scheinen», sagte der Papst mit Blick auf den Nahost-Konflikt.



Der Papst spendete am Sonntag den Segen «Urbi et Orbi».

Israel-Boykott?

Konferenz des Zentralen Boykottbüros

DAMASKUS – Vertreter 15 arabischer Staaten haben am Montag in Syrien viertägige Beratungen über eine Wiederbelebung des Boykotts von Unternehmen aufgenommen, die mit Israel Handel treiben.

Der Generalkommissar des 1951 gegründeten Zentralen Boykottbüros sagte mit Blick auf den Irakkrieg und die Eskalation im Konflikt zwischen Israel und Palästinensern in seiner Eröffnungsrede in Damaskus, das Treffen finde in einer sehr komplizierten und heiklen Lage statt.

Israel verweigere den Palästinensern nach wie vor ihre Rechte und verletze internationale Resolutio-

nen, erklärte Ahmed Chasaa. Er rief die arabischen Staaten dazu auf, den Kampf der Palästinenser mit dem Boykott internationaler Unternehmen zu unterstützen.

Der Leiter des syrischen Regionalbüros, Mohammed el Adschami, sagte, der Boykott sei das einzige legitime Mittel, um der Aggression Israels gegen die Palästinenser zu begegnen. Er erklärte, dass die wirtschaftlichen Boykottmassnahmen gegen Israel solange in Kraft bleiben müssten, bis Israel alle besetzten arabischen Gebiete geräumt habe und ein unabhängiger palästinensischer Staat mit der Hauptstadt Jerusalem geschaffen sei.

Märsche für Frieden

Zehntausende auf der Strasse

FRANKFURT/MAIN – Mit traditionellen Ostermärschen haben sich an den Feiertagen zehntausende Menschen in mehr als 100 deutschen Städten für Frieden und Abrüstung eingesetzt.

Auf zahlreichen Kundgebungen ächteten sie vor allem den «völkerrechtswidrigen Angriffskrieg» der USA und Grossbritanniens gegen den Irak. Obgleich die Resonanz deutlich geringer war als erwartet, zogen die Veranstalter eine «ausserordentlich positive» Bilanz.

Nach den polizeilichen Zählungen war der Zulauf zu den Veranstaltungen über die Ostertage allerdings deutlich geringer, als nach den Grossdemonstrationen vor

dem Irak-Krieg zu vermuten war. In Frankfurt trafen sich am Ostermontag zum Abschluss der diesjährigen Kampagne noch einmal 7000 Menschen.



Demonstrationen für den Frieden.

VOLKSCARD

GÜNSTIGER GEHT'S NICHT

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur
bei uns ist alles im Preis inbegriffen

Jetzt das

VOLKSBLATT
abonnieren!13 Monate für
CHF 189.– inkl.

VOLKSCARD

Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als
VOLKS-Abonnent
von Vorzugspreisen